

Aus: [Ausgabe vom 25.05.2020](#), Seite 8 / Ausland

KOLUMBIENS GEFÄNGNISSE ÜBERBELEGT

»Mindestens 40.000 Menschen sollten entlassen werden«

Lage in Kolumbiens Gefängnissen durch Coronapandemie drastisch verschlechtert. Gespräch mit Jhon Léon Gonzalez

Interview: Elias Korte



Foto: Luisa Gonzalez/REUTERS



Protestaktion am 12. Mai in Bogotá

Teil des Friedensabkommens zwischen der ehemaligen Guerilla FARC-EP und der kolumbianischen Regierung war die Freilassung politischer Gefangener. Wie viele gibt es heute noch in Kolumbien?

Derzeit könnte man von schätzungsweise 3.500 bis 4.000 sprechen, darunter Unterzeichner des Friedensabkommens der ehemaligen FARC-Guerilla, Teilnehmer an verschiedenen Aufständen und Mitglieder von Bewegungen in Kolumbien, diverse Anführer sowie Opfer konstruierter Justizfälle.

Aber es ist schwierig, ihre genaue Anzahl zu beziffern, denn die nationale Regierung und die Justizbehörden ignorieren den politischen Charakter des Konflikts in Kolumbien. Sie verleugnen, dass er Folge der politischen Ausgrenzung und der ungelösten Landfrage ist. Verschiedene Regierungen haben im Laufe der Jahre daher auch den politischen Charakter vieler Akteure abgestritten, indem sie die Existenz politischer Gefangener leugneten.

Wie geht es den Menschen in Kolumbiens Gefängnissen?

Jhon Léon Gonzalez ist Direktor der kolumbianischen Gesellschaft für Rechtssolidarität (»Corporación Solidaridad Jurídica«)

1998 hat das kolumbianische Verfassungsgericht in einem Urteil erklärt, dass in den kolumbianischen Gefängnissen ein verfassungswidriger Zustand herrscht. Die Grundrechte der Gefangenen werden permanent verletzt, was sich in der über 50prozentigen Überbelegung der Haftanstalten widerspiegelt.



Die für das kolumbianische Gefängnissystem charakteristische drastische Überlastung führt dazu, dass die Mindestvoraussetzungen fehlen, um eine wirksame Kontrolle des Coronavirus zu gewährleisten und die Ansteckungsgefahr innerhalb der Anstalten zu mindern. Nach offiziellen Zahlen der Gefängnisbehörde INPEC gab es nach letztem Stand 1.045 registrierte Fälle. Es wurden bisher vier bestätigt, in denen Gefangene infolge einer Coronavirusinfektion gestorben sind.

Bringt die Pandemie neue Probleme hervor?

Die Probleme innerhalb der Gefängnisse haben sich verschärft, insbesondere die willkürliche Verlegung und Behandlung politischer Gefangener durch die Behörden. Zum Schutz des Lebens der Menschen hinter Gittern muss die Kapazität der medizinischen Versorgung innerhalb der Gefängnisse erhöht und die Zahl der Häftlinge erheblich reduziert werden. Wenn man die gegenwärtige Überbelegung berücksichtigt, sollten mindestens 40.000 Menschen entlassen werden. Die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen der Freilassung in vorübergehenden Hausarrest sind unzureichend. Die Auswahlkriterien müssen erweitert werden, beispielsweise um gewaltfreie Straftaten oder solche, die eine Folge der sozialen Marginalisierung von Menschen sind.

Es gibt ein Misstrauen gegenüber der Gefängnisbehörde, dass die gemeldeten Zahlen nicht das reale Ausmaß der Verbreitung des Virus zeigen. In mehreren Haftanstalten sind Tests nicht sichergestellt. Alarmierend ist die offizielle Zahl aus dem Gefängnis Villavicencio in dem Department Meta: 48 Prozent der Leute haben sich dort infiziert. Die Gefängnisleitung hat sich beschwert, dass sie überfordert ist, aber die nationale Regierung stellt sich taub.

Welche Chance bietet diese Situation für organisierten Protest?

Es gab zahlreiche Mobilisierungen in den Gefängnissen des Landes. Seit zwei Monaten ruft die nationale Gefängnisbewegung, in der Familienangehörige, Organisationen und Gefangene zusammenkommen, fast wöchentlich zu friedlichen Demonstrationen und Sitzstreiks vor den Haftanstalten auf. Sie fordert Garantien für den Schutz der Menschenrechte innerhalb der Gefängnisse und dass die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation eingehalten werden. Dies ist eine zusätzliche Gelegenheit, alle politischen Gefangenen in Kolumbien freizulassen, aber auch, um Gefangennahme durch andere Mechanismen zu ersetzen und die Kriminalpolitik in Kolumbien auf den Prüfstand zu stellen.

Kritischer, unangepasster Journalismus von links, gerade in Krisenzeiten!

Die Tageszeitung *junge Welt* finanziert sich vor allem über Abonnements. Wenn Sie öfter und gerne Artikel auf jungewelt.de lesen, würden wir uns freuen, wenn auch Sie mit einem Onlineabo dazu beitragen, das Erscheinen der *jungen Welt* und ihre Unabhängigkeit zu sichern.

[Jetzt bestellen](#)



Artikel empfehlen

Debatte

Debattieren Sie über diesen Artikel: [Schreiben Sie einen Beitrag](#)

[Ähnliche](#) [Regio](#)

Ähnliche:



Foto: Luisa Gonzalez/REUTERS

22.05.2020

Kein Interesse an Frieden

Kolumbiens Regierung setzt Abkommen mit ehemaliger FARC-Guerilla nicht um und verhöhnt Opfer

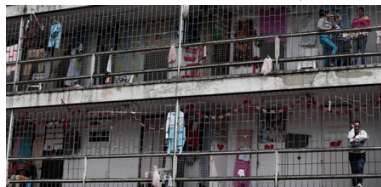


Foto: REUTERS/John Vizcaino

05.05.2020

»Sechs Personen leben in einer winzigen Zelle«

Katastrophale Überbelegung in kolumbianischen Haftanstalten – auch wegen vieler politischer Gefangener. Ein Gespräch mit Ani Dießelmann



Foto: REUTERS/Carlos Jasso

10.03.2020

Gegen Kritik immun

Kolumbien: Regierung weist UN-Bericht zu Menschenrechten zurück. Erster Mord an ehemaliger FARC-Kämpferin in Bogotá

Mehr aus: **Ausland**

Hongkong: Separatisten randalieren erneut vom 25.05.2020

Kampf um Tripolis vom 25.05.2020

In Erinnerung an Frances Goldin vom 25.05.2020

Spekulationen und Sanktionen vom 25.05.2020

EU will führen vom 25.05.2020

ANZEIGE

Ohne Genossenschaft keine *junge Welt*
Jetzt Mitherausgeber/in werden!

■ LPG junge Welt eG

Die Tageszeitung **junge Welt**

Aufgelegt 3
Angelegt 5
Abonniert

SERVICE

[ABOSERVICE](#) / [WERBEN](#) / [SHOP](#) / [KIOSKFINDER](#) / [TERMINKALENDER](#) / [AGB](#) / [KONTAKT](#) / [HILFE](#) / [ÜBER UNS](#) / [JOBS](#)

PROJEKTE

[LADENGALERIE](#) / [ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ](#) / [MELODIE & RHYTHMUS](#) / [FOTOWETTBEWERB](#) / [GRANMA](#)

UNTERSTÜTZEN

[GENOSSENSCHAFT](#) / [AKTION](#) / [SPENDEN](#)



© junge Welt | [Impressum](#) / [Datenschutz](#)